

Niederschrift

Sitzung des Kulturausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 18.11.2021
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:00 Uhr
Sitzungsort:	Sitzungssaal der Bürgerschaft, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Anwesend

Vorsitz

Lisa Kranig	DIE LINKE.PARTEI
-------------	------------------

reguläre Mitglieder

Susan Schulz	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Tom Lüth	SPD	
Hannes Möller	DIE LINKE.PARTEI	
Patrick Tempel	CDU/UFR	Vertretung für: Prof. Dr. Rudolf Friedrich Guthoff
Dr. med. Heinrich Prophet	CDU/UFR	
Christine Decker	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für: Dr. Johannes Kalbe
Anke Knitter	SPD	
Karola Lemke	Rostocker Bund	Vertretung für: Dr. Sybille Bachmann
Elke Kleemann	AUFBRUCH 09	
Iris Drenkhahn	fraktionslos	

Verwaltung

Thomas Werner	Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen
Sylvia Napp	Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen

Abwesend

reguläre Mitglieder

Prof. Dr. Rudolf Friedrich Guthoff	CDU/UFR	entschuldigt
Dr. Johannes Kalbe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	entschuldigt
Dr. Sybille Bachmann	Rostocker Bund	entschuldigt

Gäste:

Prof. Dr. Methling

Kulturstiftung Rostock

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.10.2021
- 4 Anträge
- 4.1 Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE.PARTEI und der SPD
Verbesserung der Personalausstattung für Gedenk- und Erinnerungsarbeit **2021/AN/2738**
ungeändert beschlossen
- 4.1.1 Daniel Peters (für die CDU/UFR-Fraktion)
Verbesserung der Personalausstattung für Gedenk- und Erinnerungsarbeit **2021/AN/2738-01 (ÄÄ)**
abgelehnt
- 5 Verschiedenes
- 5.1 Sachstand zur "UNDINE"
- 5.2 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5.3 Informationen der Ausschussvorsitzenden
- 5.4 Informationen der Verwaltung

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Kranig eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Um 17.00 Uhr sind 11 Mitglieder / Stellvertreter anwesend.

2 **Änderung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird um den Antrag 2021/AN/2738 „Verbesserung der Personalausstattung für Gedenk- und Erinnerungsarbeit“ erweitert.

3 **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.10.2021**

Die Niederschrift der Sitzung vom 21.10.2021 wird genehmigt.

4 **Anträge**

4.1 **Vorsitzende der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE.PARTEI und der SPD**

2021/AN/2738

Verbesserung der Personalausstattung für Gedenk- und Erinnerungsarbeit

Frau Schulz bringt den Antrag ein. Sie bittet um Zustimmung zu dem Prüfauftrag. Das breite Aufgabenspektrum im Bereich Gedenken mache eine personelle Aufstockung im Kulturrat erforderlich.

Herr Werner führt zu den verschiedenen aktuellen Projekten im Bereich der Erinnerungs- und Gedenkarbeit aus. Dieser Bereich binde immer mehr Arbeitszeit, eine personelle Verstärkung durch eine Fachkraft sei notwendig. Wichtig sei, dass diese personelle Stärkung direkt bei der Stadt erfolge, da diese in der Pflicht stehe, angemessene Gedenk- und Erinnerungsarbeit zu initiieren und zu leisten.

Herr Dr. Prophet stellt den Änderungsantrag seiner Fraktion vor. Man könne mit dem Antrag mitgehen, wenn die Aufgaben der AG Gedenken künftig erweitert werden u. a. um die Themen: zivile Opfer der Bombardements auf Rostock im 2. Weltkrieg, Schicksal der Flüchtlinge und Vertriebenen im und nach dem 2. Weltkrieg, Opfer des NKWD, Gefangene des MfS.

Frau Kranig und **Frau Knitter** weisen darauf hin, dass der Änderungsantrag die inhaltliche Arbeit und Ausrichtung der AG Gedenken betreffe. Das sei nicht die Intention des Hauptantrags, bei dem es um eine Stellenzuführung gehe. Es handele sich um zwei verschiedene Inhalte.

Herr Dr. Prophet äußert, dass es seiner Fraktion wichtig sei, auf andere Opfergruppen hinzuweisen, die seiner Ansicht nach bisher keine ausreichende Berücksichtigung gefunden hätten. Er könne die formalen Bedenken nachvollziehen. Die AG Gedenken müsse ihre Inhalte künftig aber noch breiter aufstellen und auch kontrovers betrachten.

Herr Werner sichert zu, dass die von Herrn Dr. Prophet angesprochenen Themen im zu erarbeitenden Gedenkkonzept der Stadt Berücksichtigung finden werden.

Beschluss:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Notwendigkeit einer personellen Verstärkung der Gedenk- und Erinnerungsarbeit im Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen zu prüfen.

Bei Bedarf soll eine personelle Verstärkung mit entsprechender fachlicher Eignung zum nächstmöglichen Zeitpunkt realisiert werden. Das Ergebnis des Prüfprozesses ist der Bürgerschaft mittels Informationsvorlage zum 1. Februar 2022 vorzulegen.

Abstimmung:

Dafür:	11
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

4.1.1 Daniel Peters (für die CDU/UFR-Fraktion)

2021/AN/2738-01 (ÄÄ)

Verbesserung der Personalausstattung für Gedenk- und Erinnerungsarbeit

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

Nach dem 1. Absatz der Beschlussvorlage wird folgender Passus eingefügt:

„Die Aufgaben der AG Gedenken in Zusammenarbeit mit dem Fachamt werden um folgende Aufgaben erweitert:

Erarbeitung einer Gedenk- und Erinnerungskultur:

- für die Opfer unter der Zivilbevölkerung (mehr als 600) und der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter (mehr als 100), die durch die angloamerikanischen Flächenbombardements („moral bombing“) 1940-1944 ums Leben kamen
- für zehntausende Vertriebene und deren Schicksal, die in Rostock ab 1945 ihre neue Heimat gefunden haben
- für die vielen politischen Opfer, die nach Kriegsende (1945-1953) durch das NKWD hingerichtet oder zur Zwangsarbeit deportiert wurden
- für die tausenden Rostocker Gefangenen des MfS von 1950-1989“

Abstimmung:

Dafür:	3
Dagegen:	7
Enthaltungen:	1

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	
Abgelehnt	x

5.1 Sachstand zur "UNDINE"

Frau Kranig beantragt das **Rederecht für Prof. Dr. Methling**.

Das Rederecht wird von den Ausschussmitgliedern erteilt.

Herr Prof. Dr. Methling führt aus, dass sich eine Initiativegruppe sehr dafür einsetzte, den Schiffskörper der „UNDINE“ komplett zu erhalten und als Denkmal für die Zukunft zu bewahren. Unterstützung erfahre man dabei auch vom Landesamt für Denkmalpflege. Man plädiere für die Umsetzung der Variante 3.1, die nur um 36.000TEUR teurer sei, als die beschlossene Variante 4. Man respektiere den Beschluss der Bürgerschaft als Basisbeschluss. Die Initiative gehe aber davon aus, dass man über Spenden und Spendenleistungen die Differenzsumme von 36.000 EUR aufbringen könne und der Erhalt der „UNDINE“ unter Einsatz der bisher geplanten 58.000 EUR kostenneutral für die Stadt möglich sein könne. Er gehe davon aus, dass finanzielle Gründe die Bürgerschaft zum Beschluss von Variante 4 bewegt hätten. Er bitte um etwas Geduld bei der Einholung von Leistungspflichten, es bestände kein Grund zur Eile, da die Haushaltsmittel der Stadt übertragbar seien. Außerdem würde sich die Initiativegruppe über eine Antwort der Bürgerschaft und des Oberbürgermeisters zu ihrem Angebot freuen.

Herr Werner informiert, dass zwischenzeitlich zwei Schreiben vom Landesamt für Denkmalpflege bei der Stadt eingegangen seien und übergibt den Ausschussmitgliedern Kopien. Dass Landesamt habe mit den Schreiben seine ursprüngliche Zustimmung aus dem Jahr 2012 zur Verschrottung revidiert und dabei auf die damaligen Umstände verwiesen. Der Hansestadt Rostock als jetzigem Eigner sei die Umsetzung der Variante 3.1 zuzumuten, zumal die Mehrkosten über Spenden aufgebracht werden sollen. Der zeitliche Rahmen habe sich auch geändert. Nach Aussage des Finanzbereiches sei das Geld bis zum 31.12.2021 verfügbar und könne nur übertagen werden, wenn eine konkrete Auftragslage vorliege. Deshalb prüfe man jetzt, welche Teilaufträge für beide Varianten deckungsgleich vergeben werden können (Z.B. Anlandnahme).

Frau Schulz führt aus, dass sie nicht aus finanziellen Gründen für die Variante 4 gestimmt habe. Es sei an der Zeit, das Kapitel zu beenden und mit einem Teil der „UNDINE“ an das Kapitel der Industriegeschichte zu erinnern. Herr Hasse vom Maritimen Rat habe mehrmals im Kulturausschuss zum Erhalt der „UNDINE“ gesprochen. Das Einwerben von Spenden sei ihm aber nie möglich gewesen.

Auch **Herr Lüth** verweist darauf, dass man die Thematik intensiv diskutiert habe und der Beschluss jetzt umgesetzt werden müsse. Berücksichtigen müsse man auch die 5.000 EUR, die jährlich für die Einlagerung des Schiffes aufzubringen seien und die im Kulturetat besser aufgehoben wären.

Frau Knitter äußert, dass es in der Diskussion nicht um die 36.000 EUR ging. Mit der Variante 4 werde ein aussagekräftiger Teil des Schiffsrumpfes in absehbarer Zeit mit entsprechender Vermittlung an die Geschichte erinnern. Man müsse überlegen, wie man jetzt mit der Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege umgehe, ob man den Beschluss überhaupt umsetzen könne.

Frau Kranig bekräftigt, dass die Spendeneinwerbung seit 20 Jahren nicht funktioniert habe. Unklar seien ihr die juristischen Folgen des Schreibens vom Landesamt für Denkmalpflege, was bedeute die Formulierung „kann nicht befürwortet werden“.

Herr Dr. Prophet verweist auf die zwei neuen Aspekte, die Briefe vom Landesamt und die möglichen Überschneidungen bei Leistungsbeauftragungen. Er empfehle, den Faden nochmal aufzunehmen und im Gespräch zu bleiben.

Herr Prof. Dr. Methling führt aus, er wisse nichts von den jahrelangen Vorbemühungen um Spenden. Eine Zwischenlagerung sei beim Standortvorschlag Helling nicht angedacht. Er appelliere an alle, sich für den Erhalt des Denkmals einzusetzen.

Herr Werner äußert, dass das Amt für Kultur und Denkmalpflege in einer Zwickmühle sei, da man einerseits den Beschluss der Bürgerschaft umsetzen müsse, andererseits als untere Denkmalschutzbehörde für den Erhalt des Schiffes eintreten müsse. Das Amt habe Herrn Hallier mit Planungsleistungen beauftragt. Dabei seien möglichst viele Schnittmengen von Variante 3.1 und 4 zu berücksichtigen, um dann Angebote einzuholen zu können. Erste Schritte müssten bald passieren, man könne nicht noch ein Jahr warten. Die Voraussetzungen für eine Anlandholung müssen geschaffen werden, egal ob der Rumpf im Ganzen oder nur ein Teil davon erhalten bleibt.

Abschließend beauftragen die Ausschussmitglieder die Verwaltung ein Schreiben an die Landesbehörde bzw. an die Leitung des zuständigen Ministeriums zu verfassen. Das Landesamt für Denkmalpflege solle darin aufgefordert werden, alle Möglichkeiten für eine Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zu prüfen. Parallel dazu könne sich die Initiativegruppe um den Erhalt des kompletten Rumpfes bemühen.

5.2 Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Lüth bittet um einen Sachstand zum Universitätsgebäude (Fachbereich Biologie) in der Wismarschen Str. 7.

Herr Werner informiert, dass die Universität das Gebäude der Hanse- und Universitätsstadt Rostock im Rahmen des Vorkaufsrechts zum Kauf angeboten habe. Ob es Interesse von Seiten der Stadt gebe, wisse er nicht.

5.3 Informationen der Ausschussvorsitzenden

Frau Kranig bittet die Verwaltung, in der Februarsitzung des Kulturausschusses einen Rückblick auf das Förderjahr 2021 und einen Ausblick auf 2022 zu geben.

5.4 Informationen der Verwaltung

Herr Werner informiert, dass Fördermittel, die 2021 nicht verbraucht werden, nicht ins neue Jahr übertragen werden können. Ein ähnlich gelagerter Antrag für die Stadtteil-Budgets sei auf Grund der für 2022 erwarteten Haushaltslage gescheitert. Man sei derzeit dabei, pandemiebedingte Einnahmeausfälle oder Mehrausgaben der Kulturträger über Nachfinanzierungen auszugleichen.

Es zeichne sich derzeit ab, dass im Kulturbereich durch die Vielzahl der Förderungen in diesem Jahr Erwartungen bei den Kulturträgern und Kulturschaffenden für das Folgejahr geweckt worden seien. Durch die vorläufige Haushaltsführung und ein deutlich geringes Budget für „kleine“ Projekte im Jahr 2022 laufe man Gefahr, dass die neue Vielfalt im Bereich der kleineren Projekte wieder zerstört werde.

Gez. Lisa Kranig 08.12.2021
Ausschussvorsitzende

Sylvia Napp
Protokoll